

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zobanngasse 33.
Spezialstunden der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Rückgabe einzelner Nummern
kann man sich die Redaction nicht
verbindlich machen.

Kann man die für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeiger an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
Zu den Subscriben für Anf.-Anzeiger:
Criso Riemann, Universitätsstr. 22,
Louis Böhm, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ausgabe 16.150.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frachtlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 20 M.,
mit Postbeförderung 48 M.

Inserate 5 Gsch. Zeitungs 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsbrett
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Ballung pränumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 250.

Donnerstag den 12. August 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nachdem zu unserer Kenntniß gelangt ist, daß das „Mrs. S. A. Allen's Worlds Hair Restorer“ genannte Haarwuchsmittel in verdächtig großer Menge eifriges Blei enthält, ein Gift, welches in und an den Körper gebracht, in die Gewebe leicht eindringen und bei häufiger Anwendung chronische Bleivergiftung herbeiführen kann, warnen wir hiermit vor dem Verkaufe und vor dem Gebrauche dieses Mittels und verweisen wegen des Verkaufs desselben noch besonders auf die in §§ 324, 326 und 367, 3 des Reichsstrafgesetzbuches enthaltenen Strafbestimmungen.

Leipzig, am 30. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kreisrath.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit in der Bleichengasse Schleppeneubauten bez. Umbauten vorzunehmen und fordern wir daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 29. März 1879 die Besitzer der Administratoren der an genannte Straßentracte angrenzenden Grundstücke auf, wegen gleichzeitiger Unterführung der Fallrohre bez. wegen einer nothwendig werdenden Einlegung oder Umlegung von Wasserleitungen unverzüglich und bis spätestens zum 1. September d. J. bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Uebersetzung der Fallrohre und Beschleunigung gleichzeitig mit dem Bau der Hauptklosette auf Kosten der Adiacenten erfolgen kann.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer Verurteilung einer Geldstrafe bis zu 60 M. zu gewärtigen, daß die vorsehend gedachten Arbeiten von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, den 11. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kreisrath.

Eine Forderung Roms.

Das Papstthum hat sich über eine neue „Anbill“ des Königreiches Italien zu beklagen, ja die gesamte ultramontane Welt ist durch die von der italienischen Regierung in Aussicht genommene Einziehung der dem Institut der „Propaganda“ in Rom gehörenden Immobilien in gewaltige Aufregung versetzt. Die genannte Regierung hat vor einigen Jahren durch ein Gesetz die Vollmacht erhalten, alle der todtten Hand gehörenden Grundstücke zu verkaufen und den Ertrag in italienischen Renten zu investieren. Nachdem sie sich bisher in den beständigen Operationen auf Kirchen- und Klostergründe beschränkt, hat sie nunmehr den Besitz gewisser kirchlicher Institute, darunter auch den des weltbekannten, zur Ausrottung der Keterei begründeten und seit 1622 bestehenden Instituts der Propaganda (Institutio de propaganda fide) ins Auge gefaßt. Da diese Anstalt das gesamte katholische Missionswesen leitet, und Missionare aus allen Nationen heranzieht, so ist die Wuth und der Zorn der schwarzen Internationale über den von der italienischen Regierung beabsichtigten Schritt begreiflich genug.

Ein von der Berliner „Germania“ am 31. Juli veröffentlichter Artikel giebt interessante Aufschlüsse über die Agitation, welche von ultramontaner Seite ins Werk gesetzt ist, um das bevorstehende Unglück womöglich noch zu verhüten. Da werden die Richter, welche den Verlauf der Güter der Propaganda für zulässig erklärten, als „servil“ gebrandmarkt, da wird die Umwandlung des Besitzes in italienische Rente, trogdem das letztere selbstverständlich zum Besten des Instituts verwandt werden soll, als „eine vollständige Consecration gleichkommen“ hingestellt, und obgleich die Erziehung der Propaganda durch die Besitzveränderung nicht im geringsten in Frage gestellt ist, als „eine Verletzung des katholischen Gewissens“ der ganzen Welt denuncirt, weil jenes Institut eine „Anstalt internationaler Natur“ sei, zu der „alle Völker des Erdballs ihr Scherstein gegeben“ und an deren „Wohlfahrt“ alle participirten!

Der Papst hat sich nun an die Mächte gewendet und sie um Schutz für die Propaganda gebeten. Der Beherrscher der „Ungläubigen“, der Sultan, hat auch — risum tenentis, amici! — den Schmerzensschrei des „Vaters aller Gläubigen“ nicht unbeachtet gelassen, sich vielmehr gedungen gefühlt, gegen die „Bergwelt“ des heiligen Vaters zu protestiren. Dagegen scheinen die christlichen Mächte sich „auf einen platonischen Protest und guten Rath beschränkt zu haben“. Unter diesen Umständen hat Leo XIII., „so schmerzlich ihm in dem eigenen, ihm allein rechtmäßig gehörigen Rom ein solcher Schritt sein mußte“, direct die Intervention des Königs Humbert zur Verhütung der „Spoliation“ angerufen.

Selbst die jesuitische „Germania“ wagt indessen nicht die Hoffnung auszusprechen, daß diese „Wahnung“ von günstigem Erfolg sein werde. Sie erinnert an das negative Resultat der Intervention, welche Pius IX. im Jahre 1875 zu Gunsten des Klostersgutes von Victor Emanuel erbat, und gesteht zu, daß es unter den obwaltenden Umständen eines besonderen Befehles bedürfe, um die Unverletzlichkeit des Propaganda-Besitzes zu sichern. Nur eine Hoffnung bleibt dem Organ der Centrumpartei: die auf die deutsche Reichsregierung! Ob diese, gegen die Verletzung der Interessen von 14 Millionen katholischer Unterthanen bei Italien Schritte gethan hat, weiß die „Germania“ nicht; „es bietet sich wohl die Gelegenheit, diese Frage an anderer Stelle zu verhandeln.“

Offenbar ist damit eine Interpellation über die betreffende Angelegenheit in deutschen Reichstagen gemeint. Wir besorgen natürlich nicht, daß eine Anrufung des Armes des protestantischen deutschen Reiches von besserem Erfolg begleitet sein könnte, als der seiner Zeit von der Centrumpartei gestellte Antrag auf Deutschlands Beistand zur Wiederherstellung des Kirchenstaates. Wir machen nur auf die Realität, oder richtiger gesagt: die Frechheit aufmerksam, mit der die Kömlinge in innere Angelegenheiten Italiens forden, und zwar den Schutz eines Instituts, welches notorisch die Vernichtung des Protestantismus bezweckt, in demselben Augenblick, wo der Papst selbst eine Einwirkung auf die Haltung der Centrumpartei im Reichstag und preussischen Landtag — wenigstens formell — von der Hand gewiesen hat. Das Bittgeschrei der deutschen Kömlinge wird nur ein Zeugniß mehr sein für die Falschheit des ganzen römischen Systems, welches nicht im Stande ist, die nächsten eigenen Kinder für die „heilige Mutterkirche“ zu gewinnen, die legerischen Barbaren zum Schutz wider die „gotischen“ Italiener und ihren König, „von Revolutionsgraben“ anruft! Indessen — der Zweck heiligt die Mittel! und diese Moral verbindet ja auf das Innigste das Centrum mit der catholischen Kirche!

Politische Uebersicht.

Leipzig, 11. August.

Die Kaiserzusammenkunft zu Jochsfordert auch, ehe ihre etwaigen besonderen Ergebnisse bekannt werden, zu einer kurzen historischen Betrachtung auf. Seit die hundertjährige Rivalität der Häuser Habsburg und Hohenzollern darin ihren Abschluß gefunden, daß der rein deutschen Macht die zeitgemäße Organisirung der Hauptgebiete des deutschen Volkes überlassen blieb und das neue deutsche Kaiserthum dem österreichischen zur Verfolgung seines vielhundertjährigen Berufes im Osten seine Unterstützung lieh, besteht ein natürliches, auf Interessengemeinschaft gestütztes Bündniß zwischen beiden Fürstenthümern und beiden Völkern. Gemeinsam ist ihnen vor Allem das Interesse, dem Panславismus entgegenzuwirken, Rußland nicht zu gefährlicher Uebermacht gelangen zu lassen, dessen Staatskanzler nach der kürzlich bekannt gewordenen Denkschrift nur zu spät das Werden der deutschen Einheit erkannte, um ihr rechtzeitig entgegenzutreten, und die Zeit nur für noch nicht gekommen erachtete, Rußlands mittelbare oder unmittelbare Herrschaft über die „slavischen Erbenvölker“ im Kaiserstaat auszubreiten, mit denen sich die Russen gar nicht oder nur durch Vermittelung der gekauften deutschen Sprache zu verständigen vermögen. Der Erkenntniß dieser Sachlage entspringen, verstärkten die Kaiserzusammenkünfte in den schönen Gebirgsländern des Donauraumes das Band, welches das neue Deutsche Reich mit Oesterreich-Ungarn verbindet, wo das deutsche Element einen so vollen berechtigten Anspruch auf hohe Geltung und maßgebenden Einfluß besitzt.

Das deutsch-österreichische Bündnißverhältniß beginnt nachgerade auch den russischen Chauvinismus zur Besinnung zu bringen, und zwar um so mehr, als aus Paris kein günstiger Wind weht. Allem Anscheine nach sind die Versuche, Frankreich in die orientalischen Wirren hineinzuziehen, an dem energischen Widerstande der öffentlichen Meinung in Paris gescheitert. Deshalb beginnt auch Rußland die bisherige Taktik zu ändern; was vor Monaten noch ganz undenkbar, das wird heute als rathsam und sogar als

bringend anempfohlen — nämlich der Anschluß an Oesterreich! Die Sprache der russischen Presse war eine Zeit lang geradezu maßlos in ihren Ausfällen gegen „den Erbsind des Sibiriums“ und heute kann sich ein höchst slavophiles Organ, wie die „Petersburger Wobomosti“, schon darüber freuen, daß Deutschland und Oesterreich Hand in Hand miteinander gehen. Wir wissen sehr wohl, was diese Freude eigentlich zu bedeuten hat, allein nicht desto weniger freuen auch wir uns darüber, daß man endlich anfängt, einzusehen, daß ohne Verständigung mit Oesterreich eine friedliche Bahrung der russischen Interessen auf dem Balkan unthunbar ist.

Der Große Generalstab der deutschen Armee folgt den militairischen Bewegungen Rußlands im Westen mit größter Aufmerksamkeit. So ist jetzt der Dislocationplan für die neu zu errichtenden elf „lotbrinigen“ Regimenter erschienen. Das Bemerkenswerthe bei ihm ist, daß der größere Theil derselben seine Garnisonen in den östlichen Provinzen Preußens erhält, so daß die deutsche Grenze gegen Rußland mit zahlreichen Truppenkörpern als bisher besetzt werden kann. Die Regimenter werden, wie die „Voss. Zig.“ meldet, so vertheilt, daß die Eisenbahn von Königsberg nach Lytkuhnen und das an derselben gelegene wichtige Geschäft von Trakehnen, desgleichen die Eisenbahn von Königsberg nach Lud vor einem plötzlichen Ueberfall geschützt wird. Ganz besonders aber wird der wichtige Eisenbahn-Centralpunkt Bromberg bedacht; er erhält zwei ganze Infanterie- und ein Artillerieregiment. Ebenso ist darauf Bedacht genommen, die Eisenbahn von Bromberg nach Breslau, welche die Grenze entlang läuft, und die Oberschlesische Eisenbahn zu sichern. Der Schutz der Ostgrenze ist also das sichtbare Ziel der Dislocationen, und wenn man sich erinnert, daß im vergangenen Herbst und Winter von russischen Truppen Anführungen in Polen viel gesprochen wurde und die gemachten Angaben niemals ernstlich widerlegt werden konnten, so wird man die Maßregel sehr eifrig finden.

Herr von Manteuffel hat das Glück oder Unglück, stets von sich reden zu machen. Jetzt hat der Herr Statthalter in den Reichsländern erfahren müssen, daß man seine Regierungsweise an maßgebender Stelle doch für einigermaßen bedenklich hält! Der Artikel eines officiellen Blattes, welcher allerlei Abfälliges über seine Nachsicht gegen die französischen und österreichischen Neigungen enthielt, wird ihm wohl als ein nicht mißzuverstehender Wink erschienen sein, dem unter Umständen etwas Nachdrücklicheres folgen könnte. Inzwischen erfreut er sich der beneidenswerthen Unterstützung der — ultramontanen „Germania“. Man schreibt dem genannten Blatte aus dem Elsaß:

„Herr v. Manteuffel, unser Statthalter, berechtigt wiederum das Land. So besand er sich diese und vorige Woche in Niederbronn, Oberbronn, Reichshausen, Weisenburg, Lauterbronn, Drusenheim, Rolsheim; vorher war er schon in Kolmar, Mühlhausen, Jäbern, Reg., Buchweiler, Hagenua u. d. m. Ueberall wird er mit Jubel empfangen, überall kommt man ihm mit Liebe entgegen; und die katholische Bevölkerung theilt sich nicht am wenigsten an dem freudigen Empfang. Seit Herr Herzog abgetreten ist, hat das Vertrauen zu dem Statthalter nur noch an Kraft zugenommen. Die Katholiken sind besessen, sich ihm gegenüber dankbar zu zeigen für Das, was er für sie gethan; sie trachten aber auch dadurch ihm zu beweisen, daß sie loyal gegen die deutsche Regierung sind, wenn diese nur einigermaßen sich billig und gerecht ihnen gegenüber benimmt. Denn es sei dies ausdrücklich für die „liberalen“ Desplacirer bemerkt, Herr v. Manteuffel,

obgleich er Manches zu Gunsten der Katholiken des Reichslandes gethan hat, ist weit davon entfernt, sich wie man ihm vorwirft, an Händen und Füßen gebunden den „Ultramontanen“ des Reichslandes überliefert zu haben.“

Natürlich kann das Jesuiten-Blatt nicht zugeben, daß „er sich an Händen und Füßen gebunden den Ultramontanen des Reichslandes überliefert habe“; das wäre ja das denkbar härteste Urtheil über den Mann. Allein das hat auch Niemand behauptet. Behauptet hat man, daß der Statthalter zu entgegenkommend gegen das französische und Ultramontane und oft ungebührlich die auf Regermanisation gerichteten Tendenzen vernachlässige. Und das wird durch die Mittheilungen der „Germania“ nicht widerlegt, nicht einmal abgeschwächt, sondern geradezu bestätigt. Ob die Ernennung des Herrn Ministers Posmann, eines dem Reichskanzler blind ergebenen Mannes, zum Staatssecretair des Reichslandes erfolgt ist, um seiner Exzellenz entgegenzuarbeiten, bleibe dahin gestellt.

Die Sinnesänderung der Pforte, von der wir gestern unsere Leser in Kenntniß setzten, scheint sich zu bestätigen. Die Pforte hat zur Lösung der montenegrinischen Frage den Kriegminister mit 4000 Mann Truppen nach Dulcigno zu senden beschlossen, um die Uebergabe des Gebietes an Montenegro zu bewerkstelligen. Es scheint dies auf die eigene Initiative des Sultans zurückzuführen zu sein. Der Kriegminister, welcher sich mit den Truppen heute (Mittwoch) einschiffen wird, soll die Garantie dafür übernehmen, daß der District von Dulcigno in der festgesetzten Zeit übergeben werde. Uebrigens schweben hinsichtlich dieser Frage noch immer Verhandlungen, welche sich theils auf territoriale Einzelheiten, theils auf die von den Mächten beanspruchten Garantien beziehen, daß die an Montenegro zu cedirenden Gebietsstücke nach Abtretung derselben gegen Angriffe der Albanen sichergestellt würden. Uebrigens soll Dulcigno bereits von den Albanenschaaren geräumt und mit einem Rizam-Bataillon besetzt sein, — es fragt sich nur, auf wie lange! Die Sitzung des englischen Oberhauses vom Montag gestaltete sich durch das Eingreifen des Staatssecretairs für die auswärtigen Angelegenheiten, Lord Granville, zu einer hochinteressanten. Der Minister beantwortete, wie wir gestern bereits telegraphisch meldeten, in längerer Rede eine von Lord Stanley über die Lage des Orients eingebrachte Interpellation. Englands Absichten der Türkei gegenüber, sowie die Rolle, welche das Cabinet von St. James in dem Concert der europäischen Großmächte spielt, waren in letzter Zeit zu Ausgangspunkten von Commentaren gemacht worden, deren Entrüstung sich Lord Granville mit Erfolg angelegen sein ließ. Die dem Gladstoneschen Cabinet untergestellte grundsätzliche Türkenfeindschaft muß nach den Erklärungen des Staatssecretairs auf die Ueberzeugung reducirt werden, daß eine weitere Friftung der verrotteten administrativen Zustände des ottomanischen Reiches ohne ernste Gewährleistung für dessen Existenz und für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens nicht angängig ist. Daraus folgt dann von selbst die Unabweislichkeit einer durchgreifenden Remedur, nur daß dieselbe unter den Auspicien der vereinbarten türkisch-freundlichen Action der Mächte ins Werk gesetzt werden soll, damit eine Katastrophe vermieden werde. — Auf eine Anfrage Bourke's erwiderte Unterstaatssecretair Dilke, die Nachricht, daß die Pforte aufgefordert worden sei, sich den Zwangsmaßnahmen gegen Albanien beizugeben, sei im montenegrinischen Frage anzuschließen, sei im